

Rede Annette Groth, Bern 22.5. 2021



Ich habe in den letzten Jahren viel Schreckliches zu Gaza, Palästina, Israel gelesen und gesehen, aber dieser Hass und das Wüten des rassistischen Mobs in Al-Quds, Ostjerusalem, Lod und anderen Städten ist einfach fruchtbar und sehr beängstigend.

Deutsche Politiker wiederholen das Selbstverteidigungsrecht Israels wie ein Mantra, ständig ist die Rede von den militanten Palästinensern und der radikal-islamistischen Hamas. Ständig wird die Gefahr vor dem „Importierten Antisemitismus“ beschworen, da viele Teilnehmende bei den sog. „israel-feindlichen und antisemitischen Demonstrationen“ migrantischen Ursprungs mit muslimischer Religionszugehörigkeit sind.

Der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) verurteilte den »Raketenterror der Hamas« und beschuldigt die Hamas die Eskalation »bewusst herbeigeführt zu haben«. Maas betonte auch, dass der Raketenbeschuss Israels durch nichts zu rechtfertigen sei, »auch nicht durch die Ereignisse auf dem Tempelberg.«

Auch Österreichs Kanzler Kurz verurteilte die Angriffe auf Israel scharf und verbietet seit der Großdemo am 12.5. in Wien alle Protestaktionen, auch eine stille Mahnwache für die Verfassung wurde verboten. Begründung: "exzessive antisemitische Gewalt". Die Österreicher haben aber mit einer Mahnwache ohne Reden ihren Protest ausgedrückt, und sind heute in Graz auf der Straße.

Im Gegensatz zu den schrillen Tönen aus Deutschland und Österreich ist vom Außenminister Luxemburgs, Jean Asselborn, etwas anderes zu hören. Asselborn bezeichnet die israelische Siedlungspolitik als Krebsgeschwür und als ständige „Provokation und Erniedrigung“, er sagt klar und deutlich: „Wenn die Siedlungspolitik weiter geht, gibt es keine Chance auf Frieden.“

Irland, Belgien, Portugal, Spanien, auch Schweden und Luxemburg kritisieren seit Jahren die israelische Politik und unterstützen die Palästinenser auch im Gazastreifen mit vielen Millionen Euro. Als eher pro-israelisch gelten die Niederlande, Deutschland, Österreich und auch die osteuropäischen Staaten, allen voran Ungarn.

Das ist das Dilemma: weil es unterschiedliche Positionen zum Nahost-Krieg gibt, wartet die EU auf die Einmischung der USA und/oder auf andere Initiativen.

Dabei hat die EU ein geeignetes Instrument, wirklichen Druck auf die israelische Regierung auszuüben: das ist das EU-Israel Assoziierungsabkommen, das seit dem 1.6. 2000 in Kraft ist.

Das Assoziierungsabkommen hat wie alle anderen Vereinbarungen der EU mit den Mittelmeeranrainerstaaten als wesentlichen Bestandteil eine Menschenrechtsklausel: Gemäß Artikel 2 müssen alle Partner der EU die Menschenrechte und demokratische Prinzipien respektieren. Auch als Vertragsstaaten der Vierten Genfer Konvention haben die EU-Mitglieder die Verpflichtung, die Achtung dieser Konvention zu sichern. Durch die stillschweigende Duldung rechtswidriger Praktiken, wie zum Beispiel dem in Artikel 49 der Konvention ausdrücklich verbotenen Siedlungsbau in besetzten Gebieten, verletzen die europäischen Vertragsstaaten ihre eigenen rechtlichen Verpflichtungen.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Kampagnen, dieses Abkommen auszusetzen solange Israel an dem Siedlungsbau festhält und andere gravierende Menschenrechtsverletzungen begeht, wie z.B. Folter in israelischen Militärgefängnissen – auch an Minderjährigen!-, der Administrativhaft, kollektive Bestrafung wie jetzt die Bombardierung Gazas und viele mehr. Die EU schaut den Menschenrechtsverletzungen ohne Reaktionen zu. Dabei hat sie schon einmal ein Assoziierungsabkommen

aufgrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt: das mit Sri Lanka wegen der Diskriminierung der Tamilen.

Auch wenn die Schweiz kein Mitglied der EU ist, sollten wir alle zusammen immer wieder lautstark die Aussetzung des Assoziierungsabkommens fordern, weil das große ökonomischen Auswirkungen für Israel hätte und ein wichtiges Zeichen für die Beachtung der Menschenrechte wäre!

Besonders auf militärischem Gebiet ist die Zusammenarbeit europäischer Staaten mit Israel sehr eng. Deutschland liefert nicht nur U-Boote, sondern least israelische Drohnen u.a. für die Mittelmeerüberwachung, aber auch für die Überwachung von Demonstrationen, zur Gesichtserkennung, und vieles mehr.

Da beim Verkauf deutscher U-Boote und Kriegsschiffe Schmiergelder in Millionenhöhe gezahlt worden sein sollen, ist das in Israel eine Staatsaffäre, die seit mehr als drei Jahren die Justiz und die Medien beschäftigt. Am 10.5. reichte die Staatsanwaltschaft bei einem Bezirksgericht in Tel Aviv eine detaillierte Klageschrift gegen mindestens sieben Personen ein. Sie hatten früher in dienstlichen und privaten Beziehungen zu Benjamin Netanjahu gestanden, der wegen Betrugs, Bestechung und Veruntreuung angeklagt ist. Durch den Krieg gegen Gaza sind diese Skandale völlig in den Hintergrund gerückt.

Seit vielen Jahren gibt es eine intensive Kooperation zwischen israelischer und deutscher Polizei sowie zwischen Bundeswehr und den israelischen Streitkräften (IDF). Bundeswehrsoldaten werden zum Training für den Tunnel- und Häuserkampf nach Israel geschickt und erhalten Ausbildungen in „Antiterrormaßnahmen“. Da frage ich mich wozu?

Als erstes nichteuropäisches Land profitiert Israel von dem EU-Forschungsprogramm Horizon 2020. Seit 1996 haben israelische Teilnehmer, darunter namhafte Rüstungsunternehmen, fast 1,4 Milliarden Euro in die Fördertöpfe eingezahlt und in 3.000 Projekten 1,7 Milliarden ausbezahlt bekommen. Im Bereich der Sicherheitsforschung haben israelische Firmen an der Entwicklung unbemannter Roboter zur Grenzüberwachung teilgenommen.

Auch die Schweiz ist mit Israel militärisch verbandelt. Im August 2020 nahmen Streitkräfte Österreichs, Israels und der Schweiz an einem gemeinsamen Manöver zur Cyberkriegführung an der Bundeswehruniversität in München teil. Israel ist mit den USA führend in der Cyberkriegstechnologie und daher ein sehr gefragter Partner der Armeen. Ein Abgeordneter der Linken im Bundestag fragte die Bundesregierung nach mehr Informationen zu dieser Militärübung, die ihm aber aus „Geheimhaltungsgründen“ verwehrt wurden.

Es gäbe noch sehr viel mehr zu der europäischen Militär-Zusammenarbeit mit Israel zu sagen, das würde hier allerdings den Rahmen sprengen.

Angesichts der zunehmenden Überwachung im Rahmen der Corona-Pandemie möchte ich auf die warnenden Worte von Jeff Halper, Vorsitzender des israelischen Komitees gegen Häuserzerstörungen und Autor des wichtigen Buches "War against the People: Israel, the Palestinians and Global Pacification" (London 2015) hinweisen:

„Israel exportiert mehr als nur Waffen, Sicherheits- und Überwachungssysteme, Aufstandsbekämpfung- und Antiterrorinstrumente, Modelle der Bevölkerungskontrolle oder Polizeitaktiken. Israel verkauft und wirbt für etwas, was viel weiter geht und viel gefährlicher ist: einen Sicherheitsstaat, der Sicherheit über alles andere stellt und der Demokratie und Menschenrechte in einer Welt des Terrors als 'liberalen Luxus' betrachtet. Dabei wird jeder Widerstand, ganz gleich, ob er sich gegen Unterdrückung oder gegen kapitalistische Ausbeutung richtet, schnell unter der Rubrik 'Terrorismus' eingeordnet.“

Das ist eine ernstzunehmende Warnung.

Abschliessend möchte ich Yakov Rabkin, emeritierter Professor für Geschichte an der Universität von Montreal und Autor etlicher Bücher, zitieren.

Er erinnert daran, dass die Palästinenser für die Sünden der Europäer zahlen müssen, von denen damals viele den Nationalsozialismus enthusiastisch unterstützt haben. Das wird nicht gern gehört, weder hier in der Schweiz noch in Deutschland.

„Israelische Flaggen, die auf öffentlichen Gebäuden gehisst werden, stehen nicht für ein schlechtes Gewissen wegen der ethnischen Säuberung während der Nazi-Jahre. Sie sind vor allem ein Zeichen der Solidarität mit einem Land, das viele rechte Europäer als Bollwerk gegen eine angebliche muslimische Expansion ansehen. ...Rechte Politiker bewundern Israel, einen aggressiven militarisierten Staat, der sozial, ökonomisch und ethnisch extrem gespalten ist und dessen hoch entwickelte Wirtschaft für ausländische Investitionen offen ist. Israels immense Erfahrung in der Aufstandsbekämpfung – gesammelt in einem Jahrhundert des Konflikts mit den Arabern – wurde genauso wie die israelische Ausrüstung in die Kriegführung in Afghanistan, im Irak, Libyen und Mali sowie in Operationen der inneren Sicherheit integriert. Kein Wunder, dass Israel der Liebling rechter Politiker ... ist“.

In dem Zusammenhang erinnert Rabkin an Bruno Kreisky, „der den Zionismus ganz prinzipiell ausdrücklich ablehnte, nicht nur die aggressive Politik, die ihn verkörpert. Die europäischen Politiker von heute täten gut daran, sich eine Scheibe seines Mutes abzuschneiden und Israels Straflosigkeit ein Ende zu setzen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.